

Keine 'dritte Front' für Rußlands Außenpolitik: Droht ein neuer chinesisch-russischer Grenzkonflikt?

Fritsche, Klaus; Wacker, Gudrun

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fritsche, K., & Wacker, G. (1995). *Keine 'dritte Front' für Rußlands Außenpolitik: Droht ein neuer chinesisch-russischer Grenzkonflikt?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 28/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45516>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Keine "dritte Front" für Rußlands Außenpolitik

Droht ein neuer chinesisch-russischer Grenzkonflikt?

Zusammenfassung

Seit Ende 1994 fordert der Gouverneur von Primorje Jewgenij Nasdratenko die Revision bzw. Annullierung des von Rußland und der VR China anerkannten Abkommens über den Ostabschnitt der Grenze, das 1991 zwischen der damaligen Sowjetunion und China abgeschlossen worden war. Als Hauptargument der Kritik wird angeführt, daß als Folge der Vereinbarung Gebiete von großer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung an China abgetreten werden müßten. Zudem erhalte China damit einen direkten Zugang zum Japanischen Meer – eine Behauptung, die nach den bislang veröffentlichten Informationen und Karten nicht nachvollziehbar ist. Das chinesische Außenministerium, zunächst sehr zurückhaltend in seiner Reaktion, verlangt die Implementierung des Abkommens und drängt auf rasche Beendigung der Demarkationsarbeiten. In den erfolgten öffentlichen Stellungnahmen hat das russische Außenministerium durchgängig die Einhaltung des Abkommens zugesagt, zuletzt beim Besuch des russischen Außenministers Kosyrew in Beijing. Die Perspektive, die angestrebte "konstruktive Partnerschaft" zwischen beiden Ländern zu gefährden und erneut eine Phase der Konfrontation heraufzubeschwören, kann keiner der beiden Regierungen derzeit wünschenswert erscheinen. Doch stellt sich für die russische Führung die Frage der Durchsetzbarkeit des Abkommens. Nasdratenko jedenfalls führt seine Kampagne fort.

Der Moskau-Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin (2.-6.9.1994) markierte einen Höhepunkt des in den 80er Jahren begonnenen Normalisierungsprozesses zwischen beiden Ländern. Man sei dabei, so beide Seiten, qualitativ neue, ins 21. Jahrhundert weisende Beziehungen aufzubauen. Wesentlicher Ausdruck dieser Annäherung sind die im Juni 1991 und im September 1994 unterzeichneten Abkommen über den Ost- bzw. den Westabschnitt der beiderseitigen Grenze. Daß ersterem Abkommen große Bedeutung beigemessen wird, macht die folgende Passage deutlich, die zu dieser Frage in die während Jiang Zemins Besuch in Moskau unterzeichnete "Gemeinsame chinesisch-russische Erklärung"¹ aufgenommen wurde:

¹ Chinesischer Text siehe "Zhong-E lianhe shengming", *Renmin Ribao*, 4.9.1994, S. 1; russischer Text in *Diplomatieskij vestnik*, 1994, No. 17-18, S. 17-19.

Beide Seiten werden sich strikt an das Abkommen über die chinesisch-russische Grenze halten und die verbleibenden Grenzfragen gerecht und vernünftig regeln, in der vorgesehenen Frist die Demarkation der Grenze beenden und die Freundschaft und gute Nachbarschaft, das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten festigen.²

Aber der mehr als 4.000 km lange Ostabschnitt der Grenze sorgt trotz des Anfang 1992 vom Obersten Somjet Rußlands und dem chinesischen Nationalen Volkskongreß ratifizierten Abkommens nach wie vor für Unruhe. Im Zentrum stehen dabei auf russischer Seite – vor allem im Fernen Osten – die aus einer zunehmenden illegalen chinesischen Einwanderung resultierenden Befürchtungen einer "schleichenden Sinisierung" russischen Territoriums. Vor diesem Hintergrund ist auch die sich seit Ende 1994 verschärfende Kritik an dem Grenzabkommen zu sehen.

Vorstöße zur Revision des 1991er Grenzabkommens

Einer der Hauptkritiker des Abkommens ist Jewgenij Nasdratenko, Gouverneur der Region Primorje. Er steht an der Spitze einer regelrechten Kampagne, mit der das russische Parlament und die russische Regierung aufgefordert werden, das Grenzabkommen zu annullieren. Auf einer Pressekonferenz Mitte Februar in Wladiwostok erklärten er und Igor Lebedinetz, Vorsitzender der Duma von Primorje, daß - anders als das Abkommen vorsehe - kein Fußbreit russischen Bodens an China abgetreten werden dürfe. Die in Frage kommenden Gebiete seien von wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung für Rußland.³ Die Wirtschaft des ganzen Fernen Ostens könnte, so wird von Vertretern der großen Industriebetriebe der Region prophezeit, in 16 Jahren völlig zusammenbrechen, da China durch die Geländeabtretung einen direkten Zugang zum Japanischen Meer bekäme. Das werde "dazu führen, daß der ganze Güterstrom, der heute aus den Ländern des [sic!] asiatisch-pazifischen Region nach Europa [...] befördert wird, [...] auf die kürzere chinesische Eisenbahnlinie umorientiert wird"⁴. Nasdratenko berief sich darauf, daß er in seiner Haltung von Präsident Jelzin unterstützt werde. Dieser habe kein Dokument unterzeichnet, das China russisches Gebiet überlasse, sondern nur ein Abkommen über die Demarkation eines Teils der Grenze. Er selbst habe Tschemomyrdin brieflich vorgeschlagen, eine Kommission über die Details des 1991er Abkommens zu bilden. Nach Lebedinetz soll das Abkommen auf der nächsten Sitzung der regionalen Duma diskutiert werden. Vertreter von Primorje sollen nach Heilongjiang entsandt werden, um die umstrittenen Punkte zu erörtern.⁵

Die regionalen Machthaber werden dabei offensichtlich von führenden Mitgliedern des Föderationsrates unterstützt. Zwar ist dessen Bedeutung für den Gesetzgebungsprozeß in Rußland als eher gering einzuschätzen, der Einfluß von Erklärungen seiner Mitglieder auf die öffentliche Meinung ist aber nicht zu negieren. Der Föderationsrat werde Jelzin die Revision des Abkommens empfehlen, kündigte z.B. Pjotr P. Schirskow, Vorsitzender des Sicherheits- und Verteidigungsausschusses, Anfang Februar an, denn bei der Vertragsunterzeichnung seien nicht alle Dokumente geprüft worden.⁶ Er trete zwar nicht für eine Annullierung des Vertrages ein, aber für die Neuverhandlung bestimmter Teile.⁷ Auch der stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrates Anatolij Dolgolaptew erklärte, es sei notwendig, das Abkommen zu überdenken, da es nicht die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung reflektiere und seine Umsetzung die Übergabe strategisch wichtigen Gebiets am Chassan-See vorsehe.⁸

² Absatz 4, Nr. 1, Punkt 2. Übersetzung nach Renmin Ribao, S. 1.

³ Siehe Interfax, 13.2.95 nach SWB SU/2228 (15.2.95), B/9.

⁴ Russisches Fernsehen I, 14.3.95 nach DWMonitor-Dienst Asien, 15.3.95, S.2.

⁵ Siehe Interfax, 13.2.95 nach SWB SU/2228 (15.2.95), B/9.

⁶ Siehe "Stimme Rußlands", 9.2.95 nach DWMonitor-Dienst Asien, 10.2.95, S.7; sowie rfAR-TASS, 21.2.95 nach S9B SU12240 (1.3.95), B/g.

⁷ Siehe ITAR-TASS, 21.2.95 nach DWMonitor-Dienst Osteuropa, 2.3.95, S. 8

⁸ Siehe "Radio Rußland", 9.2.95 nach DWMonitor-Dienst Asien, 10.2.95, S.7.

Dabei scheint es nicht bei verbalen Attacken geblieben zu sein. So wird gemeldet, daß Prünorje seinen Vertreter aus der chinesisch-russischen Demarkationskommission⁹ zurückgezogen und auch keinen Ver-

treter in die Delegation entsandt habe, die Außenminister Kosyrew auf seiner China-Reise begleitete. Die Demarkationsarbeiten, so heißt es, seien in der Region durch die Blockadepolitik Primojes faktisch zum Erliegen gekommen,¹⁰ oder sie haben zumindest eine Wende von "schwierig zu sehr schwierig" genommen¹¹ und werden wahrscheinlich nicht wie vorgesehen 1997 beendet sein.

Territoriale Zugeständnisse an China?

Eine umfassende Beurteilung dieser Kritik ist schwierig, da bisher weder von russischer noch von chinesischer Seite der volle Text des Abkommens veröffentlicht worden ist. Auch die aus der Auseinandersetzung in der russischen Presse zu entnehmenden Informationen über den neuen Grenzverlauf ergeben kein klares Bild. Die vorgetragenen Argumente sind voller Widersprüche und Ungereimtheiten. Und in den chinesischen Medien wird auf Detailfragen gar nicht erst eingegangen.

Nach offizieller Moskauer Darstellung ist mit den beiden Abkommen der Grenzverlauf mit Ausnalune dreier Inseln (Bolschoj Ussurijskij und Tarabarow vor Chabarowsk ün Ussuri und Bolschoj im Argun) geklärt.¹² Vereinbart wurde jedoch nicht der genaue Grenzverlauf, sondern es wurden die Prinzipien festgelegt, nach denen die Demarkationsarbeiten durchgeführt werden sollen. Dabei gilt im allgemeinen, daß die Grenze in der Mitte der Hauptfahrrinne der schiffbaren Flüsse Argun, Amur und Ussuri verläuft. Im Ergebnis wird das dazu Mwen, daß einzelne der auf insgesamt 1.845 geschätzten,¹³ zumeist kleinen und unbewohnten Flußinseln den Besitzer wechseln werden. Mangels schiffbarer Flüsse kann dieses Prinzip jedoch an der ca. 670 km langen Grenze zwischen der russischen Region Primoje und der chinesischen Provinz Heilongjiang keine Anwendung finden. Dort sei deshalb, so ein Bericht in der Zeitung Segodnja, auf die 1860/61 vereinbarte, jedoch in vielen Punkten unklare Gre@ehung zurückgegriffen worden.¹⁴

Daß mit den Demarkationsarbeiten also auch gegenseitige Grenzverschiebungen stattfinden, macht die in den betroffenen Regionen immer wieder aufflammende Kritik am Grenzabkommen erklärbar. Schon im letzten Frühjahr hatte der Gouvemeur von Chabarowsk, Wiktor Ischajew, die Annullierung des Abkommens gefordert. Auch die Verwaltung des Tschita-Distrikts sprach kürzlich von ernsten Meinungsverschiedenheiten über die Durchf"mng der Demarkationsarbeiten am Argun.¹⁵

Angesichts der noch unbestimmteren Grenzziehung im Westen und Süden Primojes kann es nicht verwundern, daß dort die Wogen besonders hoch schlagen. Aus den bisherigen russischen Veröffentlichungen geht hervor, daß Rußland an drei Stellen als Folge der Demarkationsarbeiten Gebiete in der Größe von insgesamt ca. 1.500 ha bzw. 15 qkm an China abtreten muß, und zwar 3,5 qkm ün Rayon Chankajskij, 9,6 qkm im Rayon Ussurijskij und 2,7 qkm im Rayon Chassanskij (siehe die Karte auf S.4).¹⁶ Nach Angaben des russischen Außenministeriums handelt es sich dabei um Gebiete, die in den 30er Jahren durch die UdSSR annektiert wurden.¹⁷

⁹ Die gemeinsame russisch-chinesische Demarkationskonunission @ die praktischen Arbeiten nüt 10 Unterkonunissionen durch, an der auch die Vertreter der entsprechenden Regionen beteiligt sind.

¹⁰ Siehe Alesksandr Platkovskij: "Pogranienyj spor mo2et vzorvat'na@i otnošenija s Kitaem", Izvestija, 10.2.1995, S.3.

¹¹ Siehe interfax, 9.3.1995 nach SWB SU/2248 (10.3.195), B/1 2-13.

¹² Siehe z.B. Izvestija, 26.4.1994, S.3.

¹³ Siehe Rossijskie vesti, 26.5.1994, S.3.

¹⁴ Siehe Jurij Andreev: "Demarkacija rossijsko-kitajskoj granicy prodollaetsja", Segodnja, 17.2.1995, S.3.

¹⁵ Siehe Vladimir Skosyrev: "Z@ad bodrosti ot rossijskogo ministra - to, eego vseгда ne chvatalo kitajcam", Izvestija, 2.3.1995, S.3.

¹⁶ Siehe Jurij Andreev, Segodnja, 17.2.1995, S.3. Dort finden sich auch nähere Einzelheiten zu den Problemen der Demarkationsarbeiten. Andere Angaben über die Größe des umstrittenen Gebietes schwanken nur leicht. In der internationalen Presse ist gelegentlich die Rede von 300 qkin. Eine Erklärung hierfür könnte sein, daß den für den Bereich Chassan genannten 300 ha einige Nullen hinzugefügt wurden.

¹⁷ Siehe Ignat Lebjadkin: "Rossijskomu hM priglos'vstupiv v polemiku s Nazdratenko", Segodnja, 10.2.1995, S.3.

Der geringe Umfang der fraglichen Gebiete macht die Heftigkeit der Forderung nach Vertragsrevision nur schwer verständlich, zumal es sich um unbewohntes Gebiet zu handeln scheint. Betrachtet man die Vorwürfe der Kritiker, so entsteht der Eindruck, daß im Zuge der Demarkationsarbeiten in Primoje

nicht 15 qkm, sondern weitaus größere Flächen abgetreten werden müßten. Zum einen mag der Hinweis, daß das Gebiet von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung der Region sei, angesichts der Größe Primorjes nicht zu überzeugen, auch wenn es sich, wie es in einem Artikel heißt, um "fruchtbares Ackerland" und "einzigartiges Zedemwaldgebiet" handeln soll. Ebenso wenig ist zu erkennen, inwiefern der gesamten Wasserversorgung im südlichen Primoje durch die Grenzverschiebung "ökologische Gefahren" drohen.¹⁸ Unhaltbar ist auch die Behauptung, daß China so einen direkten Zugang zum Japaischen Meer bekommen würde - es sei denn, es existiere eine über die bisherigen Erklärungen der russischen Führung hinausgehende Vereinbarung. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Entfernung vom Chassan-See zum offenen Meer über 8 km beträgt. Ein direkter chinesischer Zugang zum Meer wäre nur dann gegeben, wenn entweder ein Rußland teilender Korridor oder das gesamte Gebiet südlich des Chassan-Sees an China abgetreten werden würde.

¹⁸

Siehe Valentina Brat@ikova: "Bikfordov gnur Primoiija", Rossijskaja gazeta, 2.2.95, S.3.

Quelle: Die Karte basiert auf Segodnja, 17.2.1995, S.3.

Allenfalls das Argument, die in der Nähe des Chassan-Sees liegenden Gebiete seien von strategischer Bedeutung,¹⁹ sprengt von der zur Diskussion stehenden Fläche her nicht den Rahmen der offiziellen Darstellung. Es handelt sich hier um ein Gebiet um den Saosjomaja-Hügel, in dem im Juli/August 1938 ein blutiger Grenzkrieg zwischen Japan und der UdSSR geführt wurde.²⁰ Aber ob es sich bei dem abzutretenden Gebiet gerade um dieses Gelände handelt, ist unbekannt. Als strategisches Argument ließe sich des weiteren anführen, daß Rußland - so die Izvestija - laut Grenzabkommen nach Abschluß der Demarkationsarbeiten Bunker, die von der UdSSR in den dreißiger Jahren auf chinesischem Territorium errichtet worden sind, abreißen muß.²¹ Auch wenn Einzelheiten über diese militärischen Anlagen nicht bekannt sind, ihre militärische Bedeutung dürfte heute sicherlich eine andere sein als in den dreißiger Jahren.

Vor diesem Hintergrund bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat sich die sowjetische Führung in dem Grenzabkommen von 1991 wirklich zu größeren territorialen Zugeständnissen entschlossen, oder die regionalen Machthaber Primojen nutzen im Zusammenspiel mit der nationalistischen Opposition die durch die Nichtveröffentlichung des Abkommens vorhandene Unkenntnis zur Durchsetzung eigener Ambitionen, sei es gegenüber dem Zentrum, sei es gegenüber dem chinesischen Nachbarn. Wahrscheinlicher ist die zweite Variante. Eine Verschlechterung der russisch-chinesischen Beziehungen würde nicht nur den Druck auf Moskau verstärken, Primoje und die anderen Regionen des Fernen Ostens finanziell stärker zu unterstützen. Eine neue "Eiszeit" zwischen den beiden Ländern würde auch zu einer verstärkten Abschließung Rußlands gegenüber China führen. Durch rigidere Abschottungsmaßnahmen könnte der als Bedrohung an die Wand gemalten chinesischen Besiedelung entgegengewirkt werden. Nicht zuletzt aber ist dieser Konflikt zwischen Moskau und Primoje Ausdruck des wachsenden Anspruchs der regionalen Eliten auf eine eigenständige Gestaltung der Außenbeziehungen ihrer Regionen.

Moskau und Beijing wollen Konfliktzuspitzung vermeiden

Trotz der sich verschärfenden innermossischen Widersprüche über die Grenzfrage hielt sich die chinesische Seite lange mit offener Kritik zurück. Erst in Vorbereitung des Kosyrew-Besuchs (1.-2. März 1995) bezeichnete ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die Infragestellung des Grenzabkommens als "extrem unverantwortlich". Sie habe negative Auswirkungen auf die gutnachbarschaftlichen Beziehungen beider Länder. China sei über hundert Jahre Opfer von Aggression und Sklaverei auch durch das zaristische Rußland - gewesen und habe daher mehr Grund zur Klage.²² Zwei Tage vor der Ankunft Kosyrews wies erneut ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums auf die ernstesten negativen Auswirkungen einer Vertragsrevision hin und forderte russische Garantien für die Einhaltung des Grenzabkommens.²³ Vertreter der chinesischen Regierung gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß

Rußland als "einheitlicher Staat" das Abkommen einhalten werde, und drängten auf zügige Fortführung der Demarkationsarbeiten.²⁴

Auf russischer Seite wird in den bisherigen offiziellen Stellungnahmen allen Zweifeln an der Vertragstreue Moskaus eine Absage erteilt. So erklärte Außenminister Kosyrew am 2. März 1995 kurz vor seiner Abreise aus Beijing:

¹⁹ Siehe Oleg @u@ek: "Primorskije gubernatorii ob-javili svoi territorii strategičeskim", Segodnja, 14.2.1995, S.2.

²⁰ Siehe Michael Strupp: Chinas Grenzen mit Birnien und mit der Sowjetunion, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1987, S.75f.

²¹ Siehe Vladimir Skosyrev, Izvestija, 2.3.1995, S.3.

²² Siehe ITAR-TASS, 22.2.95 nach SRB.FE/2237 (25.2.1995), G/4-5.

²³ Siehe ITAR-TASS, 26.2.1995 nach SWB FEi2240 (1.3.1995), G/5.

²⁴ Siehe Zentraler Volksrundfunk, Beijing, 1.3.95 nach DWmonitor-Dienst Asien, 3.3.95, S.3.

Wir haben ein von beiden Seiten unterzeichnetes Abkommen über den östlichen Abschnitt der Grenze, das von keinem verantwortungsbewußten Staatsorgan oder Staatsmann weder auf russischer noch auf chinesischer Seite in Zweifel gezogen werden kann.²⁵

Darüber hinaus werden in Moskau ebenso wie in Beijing die negativen Auswirkungen betont, die eine Infragestellung des Grenzabkommens haben würde. Kosyrew wie auch sein Stellvertreter Panow äußerten sich besorgt darüber, daß dies zu einer neuen Phase der Konfrontation führen könne. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, daß die Entscheidungsbefugnis über Grenzfragen alleine beim Moskauer Zentrum und nicht bei den Vertretern der Regionen liege.²⁶

Es muß aber dahingestellt werden, ob Kosyrew willens und in der Lage ist, eine Position, die mit der Abtretung auch kleinster Gebiete verbunden ist, gegen den innenpolitischen Widerstand durchzusetzen. Sollte ein in der Segodnja veröffentlichter Bericht zutreffend sein, daß das Außenministerium zur Lösung des Konfliktes eine gemeinsame russisch-chinesische Nutzung und Verwaltung dieser Gebiete vorgeschlagen hat,²⁷ dann kann es mit der Entschiedenheit der Position nicht weit her sein. Was die mögliche Durchsetzung des Abkommens betrifft, dürfte die endgültige Entscheidung sicherlich nicht beim Außenminister liegen. Anlässlich der Reise einer Kommission von Vertretern der russischen Staatsduma, des Föderationsrates und des russischen Außenministeriums nach Primorje forderte Wladimir Lukin, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Duma, daß Jelzin selbst die endgültige Entscheidung in dieser Frage treffen müsse.²⁸

Dieser wird dabei zu berücksichtigen haben, daß den Beziehungen mit China eine besondere Bedeutung im Rahmen der russischen Außenpolitik zukommt. Angesichts der abgekühlten Beziehungen zum Westen würde eine Verschlechterung der Beziehungen zu China zu einer weiteren Isolation Rußlands führen und seine internationale Position schwächen. Auch deshalb hat sich der stellvertretende russische Außenminister Panow gegen eine Vertragsrevision ausgesprochen: "Rußlands Position ist weder in Europa noch im Süden, gegenüber der muslimischen Welt, die stärkste. Brauchen wir eine dritte Front an der Grenze mit China?"²⁹

Weder Moskau noch Beijing scheinen also an einer Zuspitzung der Situation interessiert zu sein. Beide Seiten setzen die Zusammenarbeit auch über die Regelung der Grenzprobleme fort. Zudem zeigt die chinesische Seite öffentlich Verständnis für das russische Vorgehen gegen illegale chinesische Einwanderer und Schwarzhändler. Nicht zuletzt laufen die Vorbereitungen für die für 1995 geplanten hochrangigen Treffen scheinbar ungestört weiter: Boris Jelzin hat den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin für den 9. Mai nach Moskau eingeladen, um gemeinsam den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zu feiern. Der chinesische Premierminister Li Peng soll ebenfalls noch im Mai nach Moskau reisen, und für Ende des Jahres wurde ein Besuch Jelzins in Beijing vereinbart.

Klaus Fritsche/Gudrun Wacker

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

(© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln)

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

²⁵ ITAR-TASS, 2.3.1995 nach DWMonitor-DienstAsien, 3.3.1995, S.2.

²⁶ Siehe Wladimir Kosyrew: "Kozyrew raz-jasnijl kitajcam, kto chozjain v našem dome", Izwestija, 3.3.1995, S.3.

²⁷ Siehe Elena Viktorova: "(-astju PriinoiCja budut'sovmestno vedaV'Rossija i Kitaj", Segodnja, 22.12.1994, S.2.

²⁸ Siehe Interfax, 9.3.1995 nach SWB SU/2248 (10.3.1995), B/1 3.

²⁹ Siehe Russia TV Channel, 7.2.1995 nach SWB SU/2223 (9.1.1995), B/10.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-1 10

ISSN 0435-7183